V12

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: GJ Ruhr (beschlossen am: 20.12.2019)

Titel: **Stahl ist Zukunft - wenn wir ihn dazu machen!**

Antragstext

Nach der gescheiterten Fusion mit dem indischen Stahlkonzern Tata hat ThyssenKrupp in der letzten Woche einen Abbau von rund 6000 Stellen beschlossen. Mit zehntausenden Beschäftigten im Ruhrgebiet ist auch hier für viele Angestellte die Zukunft ungewiss. Betriebsbedingte Kündigungen soll es vorerst nicht geben, ganze Standorte wie das Warmbreitwerk in Bochum sollen aber geschlossen und die Produktion samt der Angestellten zu anderen Standorten verlagert werden.

Die GRÜNE JUGEND Ruhr beobachtet diese jahrelange Misswirtschaft von Thyssen Krupp mit Sorge und Entsetzen. Alle Standorte von ThyssenKrupp im Ruhrgebiet schreiben schwarze Zahlen und leisten einen immens wichtigen Beitrag zum Gesamtumsatz des Konzerns. Sie sollen jetzt die Zeche für das Missmanagements eines Konzerns zahlen, der sich mit Überseegeschäften verspekuliert hat. Von der Bundes- und Landesregierung werden sie alleine gelassen.

Es ist offensichtlich, dass ThyssenKrupp nicht die nötigen finanziellen Ressourcen für einen ökologischen Umbau all seiner Hochöfen hat. Doch statt diese Investitionen zu finanzieren und dafür eine Garantie aller Standorte im Ruhrgebiet zu fordern, haben Landes- und Bundesregierung mit ihren unkonkreten Versprechungen zu genau dieser Situation beigetragen. Dabei ist längst klar, dass wir für eine gute Infrastruktur weiterhin Stahl brauchen werden und dass es an der Politik liegt, wo und wie dieser produziert wird. Wir fordern deshalb:

• Ein Investitionsprogramm der Landesregierung für CO2-neutrale WasserstoffHochöfen im Ruhrgebiet. Im Gegenzug muss sich ThyssenKrupp verpflichten, alle Stellen zu erhalten und die geplanten Streichungen zurückzunehmen. Dazu kann auf Mittel aus dem Investitonsfonds des Europäischen

Emissionsrechtehandels zurückgegriffen werden.

• Die Beseitigung von Wettbewerbsnachteilen für Stahl, der ökologisch und sozial produziert wird. Wir fordern höhere Steuern für Billigimporte, die unter unklaren Produktionsbedingungen zu Stande gekommen sind.

• Eine Europäische Stahlstrategie, die der Stahlproduktion eine besondere Rolle in der Industriepolitik und Handelspolitik zukommen lässt. Es muss klar sein, dass durch neue Freihandelsabkommen keine Nachteile für den Europäischen Stahl entstehen und die Beschäftigten in der Stahlindustrie Europas nicht gegeneinander ausgespielt werden. Stattdessen braucht es breitere Investitionsprogramme für den Erhalt der Arbeitsplätze und den ökologischen Umbau der Industrie.

• Eine drastische Einschränkung von aggressiven Hedgefonds, die zum Ziele ihrer Vermögensmaximierung bereit sind Menschen in die Armut zu schicken. So hält die Investmentgesellschaft Cevian Capital 15% der Anteile an ThyssenKrupp und strebt immer noch und ohne Rücksicht auf Verluste eine Zerschlagung des Konzerns an. Wir brauchen eine gesetzliche Grundlage, damit solche Anlegergesellschaften ihre Stimmrechte verlieren und als Ultima Ratio von ihren Anteilen enteignet werden können, wenn sie nicht im Interesse des Gemeinwohls handeln.

• Und weiterhin: Den Erhalt aller Arbeitsplätze bei ThyssenKrupp. Denn die aktuelle Lage zeigt, dass Klimaschutz und der Erhalt von Arbeitsplätzen nicht gegeneinander stehen. Klimaschutz und Arbeitsplätze funktionieren nur Hand in Hand und deshalb haben die Beschäftigten unsere volle Solidarität.

Stahl ist nicht Vergangenheit, Stahl ist die Zukunft des Ruhrgebiets. Und wir kämpfen mit den Kruppianer*innen im Ruhrgebiet dafür, dass er die Säule unserer ökologischen Zukunft wird!

Begründung

erfolgt mündlich